

29. Oktober 2007

metallnachrichten

für die Beschäftigten der VW AG



Bezirk Niedersachsen
und Sachsen-Anhalt

IG Metall fordert Angela Merkel auf:

Wir brauchen ein **neues** VW-Gesetz

Die IG Metall hat nach dem Luxemburger Urteil über das VW-Gesetz Angela Merkel aufgefordert, ein neues VW-Gesetz vorzulegen. Kernpunkt: Die hohen Hürden für die Verlagerung und Schließung von Werken müssen erhalten bleiben.

Substanz erhalten



Jürgen Peters,
Erster Vorsitzender der IG Metall,
stellvertretender
Aufsichtsratsvorsitzender bei VW

»Es gibt keinen Grund, das Gesetz grundsätzlich in Frage zu stellen. Vielmehr muss die Bundesregierung das Gesetz entsprechend den neuen Gegebenheiten dem Europarecht anpassen und in seiner Substanz erhalten.«

Das Luxemburger Urteil der EU hat einen zentralen Punkt des VW-Gesetzes gekippt: Der gesetzliche Schutz vor einer Übernahme des Konzerns wurde kritisiert. Bisher war es so, dass ein Aktionär höchstens 20 Prozent der Stimmrechte ausüben konnte (»Stimmrechtsbeschränkung«) – auch wenn er etwa 30 oder sogar 50 Prozent der Anteile hält. So konnte das Land Niedersachsen, das etwas über 20 Prozent hält, nie überstimmt werden.

Dem Europäischen Gerichtshof zufolge hätte die Stimmrechtsbeschränkung »eine abschreckende Wirkung« auf Anleger. Diese Vorschrift des VW-Gesetzes störe den »freien Kapitalverkehr.« »Damit werden die Interessen des Kapitalmarktes höher bewertet als die Interessen der Beschäftigten und des Landes Niedersachsen«, kritisierte IG Metall-Betriebsleiter Hartmut Meine.

Die IG Metall fordert nun, dass das aus dem Jahr 1960 stammende VW-Gesetz von der Bundesregierung nicht in den Papierkorb geworfen, sondern neu gestaltet wird. Meine: »Die Schutzfunktion des VW-Gesetzes muss erhalten werden. Denn wichtige Teile des Gesetzes wurden von den Luxemburger Richtern nicht infrage gestellt.«

Das gelte etwa für die Vorschrift, wonach zwei Drittel der Stimmen des Aufsichtsrats notwendig seien, um Standorte zu verlegen. Damit könne die Errichtung, Schließung oder die Verlagerung von Standorten niemals gegen den Willen der Arbeitnehmerbank geschehen. Gesamtbetriebsratsvorsitzender Bernd Osterloh forderte, dass das Land Niedersachsen wie bisher im Aufsichtsrat vertreten sein müsse. Der IG Metall-Vorsitzen-

de Jürgen Peters und Bernd Osterloh haben in einem gemeinsamen Brief Bundeskanzlerin Angela Merkel aufgefordert, jetzt schnell zu handeln, die monierten Punkte zu ändern und ein neues VW-Gesetz vorzulegen, das die Schutzfunktion für die Belegschaft erhält.

Europakonform



Hartmut Meine,
Verhandlungsführer der IG Metall
bei VW, Bezirksleiter des Bezirks
Niedersachsen und
Sachsen-Anhalt

»Das Land Niedersachsen muss an seiner VW-Beteiligung festhalten. Ich fordere Ministerpräsident Wulff auf, uns in Berlin zu unterstützen, damit ein neues, europakonformes VW-Gesetz beschlossen werden kann.«

Rückseite: IG Metall will für neue Altersteilzeit streiten